Rheder Volkszeitung
Bezugspreis: 2,00 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Landkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054.
Rhede: J. Heinrichs
Anholt: W. Wolfing
Werth: Th. Parra
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 210 | Donnerstag, den 31. Juli 1930. | Jahrgang 1930

Tagesfragen.

Die Reden, die am Dienstag der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei Prälat Dr. Kaas und Reichskanzler Dr. Brüning gehalten haben, bedürfen von unserer Seite aus eigentlich keines Kommentars. Denn sie sind so klar, so aufrichtig und wahr und von so zwingender Logik, daß, wer sich nur die Mühe macht, sie zu lesen, sich dem Eindruck nicht entziehen kann, daß hier zwei politische Führer von wirklich staatsmännischem Format gesprochen haben, die nachweisbar nicht nur seit langem in Besorgnis die Entwicklung bis zur Anwendung des Artikels 48, nicht nur die Krise auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen vorausgeschaut, nicht nur immer wieder mit ernsten Mahnungen darauf hingewiesen und entsprechende Taten der Reichstagsmehrheit, leider vergeblich, verlangt haben, sondern die auch der starke und ehrliche Wille beseelt, den einen als Führer der verantwortungsbewußtesten Partei der Mitte, den anderen sowohl als einen ihrer besten Köpfe, zugleich aber auch als des Deutschen Reiches Kanzler und Vertrauensmann des Reichspräsidenten in schlimmster Notzeit, das deutsche Volk aus dieser durch eine zielbewußte Politik zu befreien. Darum zeichnen sie ein unverfälschtes Bild der Lage Deutschlands, darum führen sie dem Volke das skandalöse Verhalten des letzten Reichstags vor Augen, der in seiner Mehrheit in Illusionen verfangen war und vor sachlicher, das Uebel an der Wurzel anpackender Reformarbeit zurückschreckte wie das Kind vor dem Feuer, darum mahnen die beiden Führer die Wählerschaft, wie es auch schon vorher Stegerwald in Essen getan hatte, den Sinn des 14. September zu erfassen, der nur der sein kann, einen Reichstag mit einer breiten arbeitswilligen Mitte und als ihren Kern ein starkes Zentrum zu wählen, damit die deutsche Demokratie gerettet und endlich mit der Politik des Fortwurstelns Schluß gemacht werde. Die Redner haben kein Blatt vor den Mund genommen. Sie haben das Verhalten Hugenbergs wie der Sozialdemokratie mit gebührender Schärfe gegeißelt und, unterstützt von dem Landtagsabgeordneten Heß, an letztere Partei insbesondere eine Warnung gerichtet, die an Deutlichkeit dem Ernst dieses Wahlkampfes angepaßt ist. Der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid hat darauf im „Sozialdemokratischen Pressedienst" reagiert. Unsere Berliner Redaktion nimmt an anderer Stelle zu diesem Artikel Stellung. Wir können uns daher hier ein Eingehen darauf ersparen. Aber ein anderes sei in diesem Zusammenhang festgehalten: Der „Dortmunder Generalanzeiger", der sich betont in letzter Zeit den geradezu burlesk wirkenden Anstrich gibt, als ob er das Sprachrohr nicht nur von Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch von Zentrumswählern sei, gibt aber ausführlich die Antwort Breitscheids wieder, aber die Rede von Kaas und Brüning bekommen die Leser dieses Blattes nicht zu Gesicht, auch nicht in einem — und sei es auch noch gekürzten — Auszug, wie ihn die Berliner Telegraphenbüros verbreitet haben. Lediglich die der Sozialdemokratie geltenden Bemerkungen werden — auch nur zum Teil — zitiert, und als „Versuch einer Nötigung" hingestellt, „wie er unverfrorener nicht denkbar ist". So bleibt denn natürlich das Blatt auch dabei, von dem „unsozialen Notprogramm" zu sprechen, obwohl es doch wahrhaftig alles andere als unsozial war, daß nach dem Versagen des Reichstags durch Notverordnung die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und der kommunalen Wohlfahrtspflege gesichert wurde. Die, wenn auch auf einem höheren geistigen Niveau stehende, so doch als linksdemokratisches Blatt dem „Dortmunder Generalanzeiger" nicht wesensfremde „Frankfurter Zeitung" stellt zudem fest, daß die Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wenn sie durch ordnungsmäßige parlamentarische Erledigung und nicht durch Notverordnung zustande gekommen wäre, kaum anders ausgefallen wäre, zumal sie die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses fast völlig berücksichtigt hat, und daß es höchste Zeit war, die Sanierungsbestimmungen und -maßnahmen ins Werk zu setzen. Es erübrigt sich wohl, mehr zu dem blindwütigen Kampf des genannten Dortmunder Blattes gegen das Kabinett Brüning und das Zentrum zu sagen. Demgegenüber verdient vermerkt zu werden, daß die Mehrzahl der Berliner Blätter sich zustimmend zu den Grundgedanken der Rede von Kaas äußert. Wie die „Frankfurter Zeitung" nennt sie auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung" „das Ereignis des gestrigen Tages", indem sie hinzufügt, es habe sich nicht nur um eine staatsmännische Rede, sondern um eine staatsmännische Tat gehandelt. Es sei unmöglich, den überreichen Gedankeninhalt dieser umfassenden Darstellung der deutschen Gegenwartspolitik in kurzen Zügen zu umreißen oder auch nur das Wesentliche daraus hervorzuheben. So ist es, und darum sei statt weiterer Worte jedem politisch Interessierten die sorgfältige Lektüre dieser Rede und nicht minder derjenigen des Reichskanzlers dringend empfohlen.

★

Wenn sich an der Seite des Zentrums jetzt eine neue Partei der Mitte bildet, die sich auf den Boden der Reichsverfassung stellt und den Radikalismus in jeder Form ablehnt, so ist das ein Vorgang, der unserer freundlichen Beachtung gewiß sein darf. Denn an einer Stärkung der zu positiver Mitarbeit am Staate entschlossenen parlamentarischen Mitte hat keiner größeres Interesse als das Zentrum. Bei der „Deutschen Staatspartei" ist es nun so, daß sich die Führer des Jungdeutschen Ordens mit den Führern der Deutschen Demokratischen Partei und einigen anderen mit dem bisherigen Parteiwesen bürgerlicher Art unzufriedenen Kräften zusammengetan haben. Als Wortführer dieser Sammlungsbewegung sind zunächst aufgetreten: der demokratische Parteivorsitzende Koch-Weser, der Führer der Jungdeutschen Mahraun und der Jungoolksparteiler und Mitgründer der Februarklubs Dr. Windschuh, letzterer früher Redakteur an der „Kölnischen Zeitung", jetzt in Berlin bei einem Arbeitgeberverband tätig, ein auf wirtschaftspolitischem Gebiet ohne Frage begabter Mann. Jeder dieser Männer hat einen gewissen Anhang. Koch-Wesers Hoffnung, die Demokraten in die neue Firma überleiten zu können, hat die gestrige Tagung des Reichsausschusses dieser Partei bestätigt. Wer die Entwicklung der Demokratischen Partei in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß aber, daß es nicht mehr viel anderes ist als Konkursmasse, was da von dieser Seite in das neue Geschäft gesteckt werden soll. Ob alles, was bislang noch hinter Koch-Weser stand, ihm folgen wird, ist außerdem sehr zweifelhaft. Die demokratische Presse ist zwar, wenn auch nicht ganz vorbehaltlos, in die neue Front eingeschwenkt. Selbst das „Berliner Tageblatt" wünscht jetzt der Staatspartei Erfolg. Freilich betont es zugleich, daß es den vergangenen und kommenden Ereignissen objektiv und ohne jede Bindung gegenüberstehe. Auch andere Blätter suchen gleiche Sicherung für die Zukunft. Im übrigen sprechen diese Zeitungen übereinstimmend von dem liberalen Geist, der die neue Partei beherrschen müsse. Für den Geist des Liberalismus fand man indessen beim Jungdeutschen Orden bisher keinerlei Schwärmerei. Und die Volksnationale Reichsvereinigung, die von ihm gegründet ward, vermied es ebenfalls, sich liberal zu nennen. Hier wurde — und von Mahraun geschieht es gerade jetzt von neuem — der Volksgemeinschaftsgedanke als beherrschend herausgestellt und der gewiß nicht liberalem Antiquariat entlehnte Idealismus, der den Jungdeutschen Orden beseelt, verlieh auch seiner Gründung Schwung und Anhängerschaft. Aber diese Anhänger kommen doch wohl mehr von der Rechten her als von der bürgerlichen Linken, und viele von ihnen werden darum sicher erstaunt sein, daß ihre eben gegründete Reichsvereinigung nach dem ersten bestandenen Wahlkampf jetzt als Morgengabe der Deutschen Staatspartei übergeben werden soll, daß sie als Mitgründerin einer Partei dienen soll, obwohl doch Mahraun und sein Kreis gerade sich bemühten, die Fiktion aufrechtzuerhalten, die Volksnationalen seien keine Partei und lehnten das Parteiwesen ab. Dann aber noch folgendes: Der Jungdeutsche Orden nimmt keine Juden auf. Auch unter den Unterzeichnern des ersten Aufrufs der Volksnationalen Reichsvereinigung befand sich anscheinend kein Jude. Daraus folgt natürlich nicht, daß diese beiden Gruppen antisemitisch, aber auch nicht, daß sie etwa prosemitisch seien, wie die Demokratische Partei und ihre Presse. In der demokratischen Reichstagsfraktion waren zuletzt zwei Juden: Haas und Bernhard. Von beiden hieß es bereits dieser Tage, noch ehe von der Gründung der Deutschen Staatspartei etwas verlautete, sie würden nicht wieder aufgestellt werden. Liegen hier bestimmte Zusammenhänge vor? Wenn ja, will die neue Partei auf die jüdischen Anhänger aus dem demokratischen Lager verzichten? Nicht aus irgendwelchen antisemitischen Gefühlen, die wir als Christen nicht kennen, noch um den jüdischen Mitbürgern die Deutsche Staatspartei zu verekeln, haben wir diese Fragen aufgeworfen, sondern deshalb, weil doch bei keiner anderen bürgerlichen Partei das jüdische Element nach außen so hervortrat, wie gerade bei den Demokraten und weil deren neuer Partner Juden keine Aufnahme in seinem Orden gewährt. Ist auf diese Unklarheit vielleicht die Zurückhaltung des „Berliner Tageblatts" zurückzuführen? In der gestrigen demokratischen Liquidationsversammlung hat nun Koch-Weser auf Anfragen versichert, daß es in der Deutschen Staatspartei keinen Antisemitismus gebe und daß auch Mahraun kein Antisemit sei. Es besteht kein Anlaß, das nicht als Wahrheit hinzunehmen. Der Jungdeutsche Orden, der in seinen Anfängen bestimmt antisemitisch war, hätte hiernach also auch in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Wandlung durchgemacht. Ob sie aber so weit geht, daß auch der Zustimmung von jüdischen Reichstagskandidaten zugestimmt wird, bleibt abzuwarten. Abzuwarten bleibt auch, ob stärkerer Zustrom aus der Deutschen Volkspartei erfolgt, deren Lebensraum ohne Frage durch die neue Gründung außerordentlich eingeengt worden ist. Ihr unglücklicher Führer Dr. Scholz macht immermehr den Eindruck eines „tumben Brüderleins", das nicht weiß, wo es sich hinkehren soll. Daß seine Sammlungsparole ein Fiasko erleben würde, war nach seiner einfältigen letzten Reichstagsrede mit ihrer Anbiederung an Hugenberg und nach allen früheren Krisenmanövern wohl vorauszusehen. In diesem Zusammenhang sei aber von einer Berichtigung der Pressestelle der Konservativen Volkspartei Vermerk genommen. In unserem Bericht über den von Graf Westarp gegebenen Tee im Berliner Hotel „Der Kaiserhof" hieß es in unserer Ausgabe vom 24. ds. Mts., der Gastgeber habe erklärt, daß er ein praktische Zusammengehen mit der Volkspartei und anderen Parteien für unmöglich halte, da auch die neue Konservative Partei eine ausgesprochene Rechtspartei sein müsse. — Graf Westarp, so wird hierzu erklärt, habe im Gegenteil eine enge praktische Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei als

Die Demokraten für die Staatspartei.

Stimmen gegen Koch-Weser als Führer.

Nur geringer Widerspruch im Parteiausschuß.

× **Berlin**, 30. Juli.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Mittwoch im Reichstag in Anwesenheit von etwa 400 Mitgliedern eine Tagung ab, die über die Neugründung der Deutschen Staatspartei beraten sollte.

Der Parteiführer Koch-Weser referierte über den Hergang bei der Neugründung und führte aus, daß er und die anderen Parteimitglieder, die die Vorbereitungen getroffen hätten, sich bewußt gewesen seien, ein großes Wagnis zu unternehmen. Die Staatspartei wolle staatspolitisch handeln, aber keine Interessenvertretung darstellen. Sie wolle unabhängig bleiben von Gewerkschaften und Kapitalisten. Auf Verhandlungen von Partei zu Partei lasse er sich nicht ein, sie führten nur zu gegenseitiger Entfremdung. Die neue Partei habe einen starken Reformwillen auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiet. Die Partei wolle keinen Block gegen die Sozialdemokratie bilden. Sie stehe ihr ganz objektiv gegenüber und werde gegebenenfalls auch mit ihr zusammengehen. Andererseits sei die Partei gegen jede Vermischung mit rechtsradikalen Gruppen. Mahraun habe ausdrücklich jeden Verdacht des Antisemitismus von sich abgewehrt und als Verleumdung bezeichnet. (Widerspruch.) Die Republik dürfe nicht konservativ werden, sonst folge die Revolution. Die neue Partei werde dazu beitragen, eine fortschrittliche evolutionäre Bewegung zu schaffen. Der Apparat der Demokratischen Partei solle auf die neue Partei übertragen werden. Die Volksnationalen legen großen Wert darauf, daß viele junge Männer in den Reichstag einziehen, ferner sei erwünscht, daß mindestens an zweiter Stelle auf jeder Kandidatenliste eine Frau stehe.

Der Redner führte weiter aus, daß das Vorgehen des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, beweise, daß man auf dem althergebrachten Wege zu gar keinem Ergebnis komme, sondern lediglich nachher die Möglichkeit habe, die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen den anderen zuzuschieben. Die neue Partei sei sich einig in dem Ziele der Verteidigung der Republik gegenüber Angriffen der radikalen Parteien rechts und links. Es müsse eine Partei vorhanden sein, die mit jugendlichen Kräften diesem Radikalismus gegenübertrete. Ein besonderer Erfolg sei es, daß Männer der Wirtschaft und Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen und der Christlichen Gewerkschaften mit dem klaren Bekenntnis zur heutigen Privatwirtschaftsordnung zusammengebracht worden seien. Ein starker Wille, die notwendigen Reformen, insbesondere die Wahlreform und die Reichsreform zu vollziehen, beherrsche die neue Organisation. Er selbst werde es als eine der ersten Aufgaben der neuen Partei ansehen, zu gegebener Zeit Volksbegehren für eine Wahlreform und für die Reichsreform ins Leben zu rufen.

In der Aussprache wurde bedauert, daß nicht versucht worden sei, durch Hinzuziehung von Mitgliedern des linken Flügels der Deutschen Volkspartei eine neue Parteiorganisation zu bilden. Man sei nun aber vor vollendete Tatsachen gestellt und müsse die neue Partei unterstützen. Bemängelt wurde weiter die vor der Gründung der neuen Partei betriebene Heimlichkeit. Vollkommene Klarheit wurde verlangt, welche Persönlichkeiten die neue Sache führen sollen. Von einem Diskussionsredner wurde erklärt, daß Minister Dietrich an die Spitze der neuen Bewegung gehöre. Es wurde weiter anerkannt, daß das Wahlprogramm der Staatspartei durchaus demokratische Grundsätze enthalte. Es gelte jetzt die Erhaltung der deutschen Republik. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß das Wahlprogramm der neuen Staatspartei keinen neuen Geist enthalte, sondern nur die alten Forderungen aufzähle.

Mesich erörterte die Möglichkeiten, die Deutsche Volkspartei in die Führung der Mitte einzubeziehen. Er forderte Ergänzungen zu dem Aufruf, besonders in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Der Redner empfahl schließlich, die neue Gründung zu unterstützen.

Professor Hellpach-Heidelberg trat dafür ein, daß den liberal gesinnten Wählern der Deutschen Volkspartei die Türen der Deutschen Staatspartei geöffnet werden, wenn dann auch noch eine Erneuerung in der Führerschicht vorgenommen sei, würden er und seine Freunde gern in der Deutschen Staatspartei mitarbeiten. Regierungsrat Muhler stellte fest, daß die Gründung der Deutschen Stagtspartei in der Linie des sozialrepublikanischen Kreises liege.

Dr. Beil forderte ein klares Bekenntnis, daß Antisemitismus in der neuen Partzei keinen Raum habe.

Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff äußerte den Wunsch, auf breiterer Grundlage eine Einigung herbeizuführen. Er erörterte in diesem Zusammenhang die Einladung des Führers der Deutschen Volkspartei und fragte: Was wollte Herr Scholz? Wenn er nur einen Burgfrieden oder eine Dämpfung des Wahlkampfes wollte, dann hätte er sich an alle Parteien wenden müssen, auch an die Sozialdemokraten und an das Zentrum. Wollte er einen Wahlblock für Brüning, dann dürfte er an der Partei des Kanzlers nicht vorbeigehen. Wollte er eine neue Partei, dann war sein Vorgehen falsch. Es kommt darauf an, die radikalen Elemente niederzuwerfen. Aber es besteht keine Möglichkeit, mit den Konservativen zusammenzugehen. Wenn die Einladung des Herrn Scholz wirklich eine neue Partei im Auge gehabt hat, dann ging sie über den Rahmen dessen, was möglich ist, weit hinaus. Der Erfolg der Deutschen Staatspartei hängt davon ab, ob es gelingt, die politisch Heimatlosen zu begeistern, es hängt weiter davon ab, ob es gelingen wird, an die Herzen der jungen Menschen heranzukommen.

Der bekannte Pazifist Quidde äußerte Bedenken gegen die neue Gründung, aber er erklärte, daß er den Schritt von Erkelenz nicht mitmachen werde. Külz wies auf die staatspolitischen Notwendigkeiten hin, die zur Sammlung gezwungen hätten. Gustav Stolper erklärte: Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsauffassung haben jetzt zu beweisen, daß der Kapitalismus sich in sozialer Gesinnung und in sozialer Reformarbeit nicht vom Sozialismus übertreffen läßt. Die neue Partei zeige den Sieg des demokratischen Gedankens.

Der Parteiausschuß faßte nach Abschluß der Aussprache über die grundsätzlichen Fragen gegen vier Stimmen folgende Entschließung:

> Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung. Die Parteiausschuß wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein werde, alle Gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen.

Der zweite Satz der Entschließung fand Annahme gegen nur eine Stimme.

Kommunistischer Terror in China.

Mord und Plünderung in Tschangtscha

✠ **London**, 30. Juli.

Die Stadt Tschangtscha, der strategische Mittelpunkt der Provinz Hunan, steht nach Pekinger Meldungen in Flammen. Etwa 10000 Kommunisten übten durch Morden und Plündern eine Schreckensherrschaft aus. Das britische Kanonenboot „Aphis" habe bereits fast alle Ausländer, rund 40, an Bord genommen. Das britische Konsulat sei von den Kommunisten besetzt und eine Reihe von Akten entwendet worden. Ein italienischer Priester und drei amerikanische Missionare seien von den Banditen gefangen genommen. Ihr Schicksal sei ungewiß. Auch ein amerikanisches und ein japanisches Kanonenboot seien unterwegs. In der Provinz Kiangsi haben die Kommunisten Nantschang erobert und rücken nun auf Kiukiang vor, in dessen Nähe gegenwärtig ungefähr 200 Ausländer die Sommerferien verbringen.

★

Scharfe amerikanische Note an Nanking.

)(**Newyork**, 30. Juli.

Das Weiße Haus hat an die Nankingregierung eine scharfe Note gerichtet, in der Schutz des Lebens oder Eigentums amerikanischer Bürger in den von Kommunisten heimgesuchten Gebieten verlangt wird. In der Note wird betont, Amerika behalte sich alle Rechte vor, wenn Leben oder Eigentum von Amerikanern irgendwie angetastet werden sollten.

dringend erwünscht und nur die Aufstellung einer gemeinsamen Liste als z. Z. undurchführbar bezeichnet. Man muß hierzu allerdings feststellen, daß der Verlauf der von Dr. Scholz gestern geführten Sammlungsverhandlungen einige Aussicht auf eine Zusammenarbeit der Fraktionen im Reichstag zu bieten scheint. Aber wie steht es dann mit der Außenpolitik der Deutschen Volkspartei, die doch Graf Westarp stets bekämpft hat?

★

In den neuen Statuten der Universität Königsberg ist auf Grund eines Erlasses des preußischen Kultusministers der Name „Albertina" fortgelassen worden. Die 1544 gestiftete Universität darf sich also jetzt nicht mehr nach dem Namen ihres Gründers alma mater Albertina nennen. Außerdem wird erklärt, daß in Zukunft alle Universitäten, die neue Statuten erhalten, nur noch mit dem Namen ihrer Stadt bezeichnet werden und der Name des Gründers fortfallen wird. Darin sehen wir eine Maßnahme gegen geschichtliche Erinnerungen, die wir mißbilligen müssen. Leidet etwa die Republik darunter, daß abgesehen von Köln und Frankfurt die deutschen Universitäten in der Zeit gegründet wurden, als Deutschland noch von Fürsten regiert wurde? Man soll die Vergangenheit, soweit darin etwas Hervorragendes geleistet wurde, ehren, auch wenn damit monarchische Erinnerungen verbunden sind. Dieser Erlaß des Herrn Grimme erscheint uns als kleinliche Tat eines grimmigen Traditionsbekämpfers.

Die Warnung an die Sozialdemokratie.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 30. Juli. (Drahtb.)

Die offene Sprache, mit der auf der Sitzung des Vorstandes der Zentrumspartei sowohl Prälat Dr. Kaas wie Reichskanzler Dr. Brüning und der preußische Zentrumsführer Dr. Heß die gehässige Wahlagitation der Sozialdemokratie geißelten, scheint im sozialdemokratischen Lager ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Einer ihrer prominenten Leute, Dr. Breitscheid, hat alsbald auf die sehr deutliche Warnungen reagiert. In einem vom sozialdemokratischen Pressedienst verbreiteten Artikel verteidigt er zunächst die „politische Pflicht" der Sozialdemokratie und macht dann den Versuch, das Verhalten des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und des Vorsitzenden der preußischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion Heilmann bei der Abstimmung über die Regelung der Notverordnungen in ein günstiges Licht zu rücken. Braun und Heilmann hatten bekanntlich gegen das Reichskabinett gestimmt. Breitscheid glaubt, die von Kaas ausgesprochene Warnung „eine Anmaßung des Zentrumsführers" nennen zu dürfen. Offenbar hat Breitscheid das richtige Ausmaß für das, was im Wahlkampf dem Gegner erlaubt ist, stark eingebüßt, denn der sonst so kluge Politiker müßte sich doch sagen, daß auf den groben Klotz, als den man die Kampfmethode der Sozialdemokratie gegen das Zentrum bezeichnen muß, unbedingt ein grober Keil gehört. Mit noch so schönen Worten vermag auch Breitscheid nicht die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Opposition im Reich eine mehr als eigenartige Mischung dargestellt hat. Eine Photographie der Führer der Oppositionsgruppe müßte prachtvoll wirken. Man stelle sich vor, Dr. Breitscheid neben dem Kommunisten Thälmann, dem Deutschnationalen Hugenberg und dem Nationalsozialisten Goebbels! Aber die Sozialdemokratie kümmert sich darum nicht. Sie will Abrechnung halten mit den Parteien, die die Regierung bisher unterstützt haben, oder ihr im neuen Reichstag zu einer Mehrheit verhelfen sollen. „Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Koalition in Preußen können uns dabei nicht hindern", sagt Breitscheid. In gleichem Atemzuge führt er aber weiter: „Wir wünschen, daß sie bestehen bleibt." Ist dieser Wunsch der Sozialdemokratie aufrichtig gemeint, so muß sie es durch die Praxis beweisen. Breitscheid kündigt in seinem Artikel an, die Sozialdemokraten hätten die Absicht, die Auseinandersetzungen mit dem Zentrum sachlich zu führen. Was die Sozialdemokraten unter dem Worte „sachlich" verstehen, wird abzuwarten sein. Denn wenn es ihnen wirklich um die Verbreitung der Wahrheit über die politische Lage in Deutschland geht, dann müssen sie entweder schweigen oder sie müssen sich zum Programm des Kabinetts Brüning bekennen. Eine andere Wahl haben sie nicht. Denn die Reformmaßnahmen der Reichsregierung entspringen der großen Wirtschaftsnot der Zeit. Wird die Kampfesweise gegen das Zentrum und den Reichskanzler nicht abgeändert, dann wird sich die Sozialdemokratie die Schuld für alle Konsequenzen zuschreiben müssen, die der Führer der preußischen Zentrumsfraktion angekündigt hat.

Hugenbergs mißglückter Trick.

Die Antwort des Reichskanzlers.

Berlin, 30. Juli.

Reichskanzler Dr. Brüning hat an Geheimrat Hugenberg folgendes Schreiben gerichtet:

„Ihr gefälliges Schreiben vom 25. Juli habe ich erhalten, nachdem der Herr Reichspräsident bereits die neuen Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 unterzeichnet hatte.

Die Verwirklichung des gesamten Ostprogramms ist durch die Abstimmung des 18. Juli verschoben. Eine Einbeziehung des von der Reichsregierung vorgesehenen Gesamtprogramms in die auf Grund des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen ist aus verfassungsrechtlichen und kreditpolitischen Rücksichten nicht möglich.

Eine Verschleppung der Entscheidungen über das Osthilfegesetz war meines Wissens nie beabsichtigt. Allerdings war den Parteien klar, daß vor der Verabschiedung des Etats und der Deckungsmaßnahmen das Ostprogramm lediglich auf dem Papier stand. Wenn also das Osthilfegesetz nicht insgesamt hat verabschiedet werden können und nicht schon jetzt die Grundlage für einige auf eine Reihe von Ihnen vorgesehenen Maßnahmen geschaffen werden konnte, so trifft die Schuld hierfür die Parteien, die der Reichsregierung die zur Erfüllung auch dieser Maßnahmen notwendigen Mittel versagt haben."

Gemeinsame Reichsliste von Landvolkpartei und Konservativen.

Berlin, 29. Juli.

Wie die Landvolknachrichten erfahren, hat der Parteiausschuß der Landvolkpartei heute nachmittag beschlossen, mit der konservativen Volkspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk, Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkspartei" aufzustellen. Nach der gleichen Quelle hat sich Minister Schiele der Landvolkpartei angeschlossen, ebenso ist der bisherige Reichstagsabgeordnete Oekonomierat Bachmann, der ländliche Vertreter Bayerns, der Landvolkpartei beigetreten.

Geheimrat Prof. Dr. H. Otto-München, einer der Mitbegründer der Deutschnationalen Partei in Bayern, hat seine Aemter als dritter Vorsitzender der Deutschnationalen Partei Bayerns, als Vorsitzender des Landesverbandes Süd-Bayerns und als Mitglied des Reichsparteivorstandes der Deutschnationalen Partei niedergelegt und ist aus der Partei ausgetreten.

Sammelpartei Scholz gescheitert.

Fraktionsgemeinschaft im neuen Reichstag?

Berlin, 30. Juli.

Zu der am Mittwoch nachmittag abgehaltenen Besprechung der Mittelparteien, zu der der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, aufgerufen hatte, teilt die Nationalliberale Korrespondenz u. a. mit: Getreu ihrer bereits auf dem Mannheimer Parteitag erklärten Bereitschaft, in eine große Partei aufzugehen, hat die Deutsche Volkspartei durch ihren Vorsitzenden Dr. Scholz den eingeladenen Parteien noch einmal die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, auch ihrerseits mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam in eine solch große einheitliche Partei des gesamten aktiven Staatsbürgertums aufzugehen. Leider waren die befragten Parteien nicht geneigt, dem volksparteilichen Wunsche zu folgen. Die Frage gemeinsamer Wahllisten wurde damit ebenfalls abgelehnt. Die von den ablehnenden Parteien vorgebrachten Gründe entsprangen in erster Linie Zweckmäßigkeitserwägungen und taktischen Betrachtungen. Nach Ablehnung seines ersten Vorschlages hat Dr. Scholz den vertretenen Parteien die Frage vorgelegt, ob sie nicht über einen selbstverständlichen Burgfrieden im Wahlkampf hinaus bereit seien, im kommenden Reichstag eine Fraktionsgemeinschaft zu bilden, die die gesammelte parlamentarische Kraft des Bürgertums gerade in entscheidenden Augenblicken gemeinsam und einheitlich einzusetzen vermag. Diese Fragee wurde wenigsten grundsätzlich bejaht. Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt. Zunächst ist ein Ausschuß beauftragt, einen gemeinsamen Wahlaufruf auszuarbeiten.

An der Besprechung nehmen außer Dr. Scholz teil Reichsminister Treviranus von der Konservativen Volkspartei, die Abgeordneten Drewitz und Sachsenberg von der Wirtschaftspartei, sowie der Abgeordnete Koch-Weser. Außerdem waren zwei Vertreter der Reichsvereinigung junger Volksparteiler anwesend, sowie als Vertreter der inzwischen zur Staatspartei übergangenen Gruppe junger Volksparteiler Dr. Eschenburg.

Im demokratischen Parteiausschuß ist über diese Besprechung berichtet worden. Die Stimmung wird aus Kreisen der Teilnehmer dahin gekennzeichnet, daß man die Verwirklichung des gemeinsamen Wahlaufrufs für das Sanierungsprogramm und der späteren Fraktionsgemeinschaft durchaus für möglich hält. Die größte praktische Bedeutung wird der Fraktionsgemeinschaft beigelegt; denn sie würde über eine Arbeitsgemeinschaft weit hinausgehen und zum Beispiel eine einheitliche Vertretung in den Ausschüssen herbeiführen, die nach dem bisher üblichen Schlüssel für eine große Fraktion sehr viel günstiger ist, als für kleinere Gruppen. So würde sich nach Auffassung parlamentarischer Kreise der Einfluß der Mitte verstärken.

Köhler wieder Spitzenkandidat.

Die badischen Zentrumskandidaten.

Karlsruhe, 29. Juli.

Der Landesausschuß der badischen Zentrumspartei nahm in einer von Vertretern aus dem ganzen Lande sehr stark besuchten Versammlung die Aufstellung der Kandidatenliste für die Reichstagswahlen am 14. September vor. Die Liste weist folgende Namen auf: 1. Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler, 2. Reichstagsabgeordneter Dietz-Radolfzell, 3. Reichstagsabgeordneter Erling-Karlsruhe, 4. Reichstagsabgeordneter Dr. Föhr-Freiburg, 5. Reichstagsabgeordneter Damm-Wagenschwend, 6. Frau Philipp-Karlsruhe.

Mittelstand und Reichstagswahl.

Die Vertreter einer Reihe von mittelständischen Spitzenorganisationen waren Ende voriger Woche auf Einladung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks zu einer Aussprache wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen in Hannover zusammengekommen. Uebereinstimmend wurde beschlossen, durch einen gemeinsamen Aufruf vor allen Dingen die Wahlmüdigkeit des Bürgertums zu bekämpfen. Des weiteren einigten sich die Organisationen auf ein Rundschreiben an die bürgerlichen Parteien, in welchem sie unter dem Vorbehalt eines selbständigen parlamentarischen Vorgehens jedwede Wahlunterstützung von der Zusage abhängig machen, daß die Belange der deutschen Mittelschicht in ausreichendem Maße beachtet werden und daß der Artikel 164 der Reichsverfassung eine bessere Berücksichtigung finden soll als bisher. In letzterem Sinne soll auch ein gemeinsamer Wahlaufruf an die gewerblichen und geistigen Schichten des Mittelstandes erfolgen.

Einberufung des ständigen Reichstagsausschusses.

Berlin, 29. Juli.

Der Ausschuß des Reichstages zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung ist auf Mittwoch, den 6. August, zu einer Sitzung einberufen. Bekanntlich wird die Frage umstritten, ob dieser Ausschuß berechtigt ist, anstelle des Reichstages eine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Notverordnung aufzuheben. Der Ausschuß wird diese Frage eingehend behandeln. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein Antrag des Reichsministeriums des Innern wegen Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Schneller. Gegen diesen schwebt ein Hochverratsverfahren. Der Reichsminister des Innern nimmt an, daß, wenn der Reichstag das Recht hat, die Immunität eines Abgeordneten aufzuheben, auch der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Immunität eines Abgeordneten, der zu den ständigen Ausschüssen, dem auswärtigen Ausschuß und dem Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gehört, aufheben kann. Auch diese Frage ist umstritten, und der Ausschuß wird auch darüber zu entscheiden haben.

Die Schinkelwache als Gedächtnisstätte.

Berlin, 30. Juli.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst in Sachen der Umgestaltung des Schinkelschen Wachtgebäudes Unter den Linden zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen mitteilt, haben die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung beschlossen, den Entwurf von Professor Heinrich Tessenow, den das Preisgericht an erster Stelle vorgeschlagen hat, zur Ausführung zu bringen. Mit den Bauarbeiten ist begonnen worden. Gegen die Umwandlung des Gebäudes hatte in den letzten Tagen der bekannte Kunsthistoriker Prof. Dr. Hermann Schmitz-Neubabelsberg offen protestiert. Er steht in dem Entwurf Tessenows eine Verschandelung des Schinkelschen Baus.

Merkwürdiges Verhalten einer Reichswehrkapelle.

:: **Berlin, 29. Juli.**

Am Dienstag veröffentlichte der „Völkische Beobachter" eine Nachricht aus Ulm, wonach dort am Sonntag ein Arbeiterturn- und Sportfest stattgefunden habe, bei dem die Sportler und Sportlerinnen zum Teil in leichter Sportkleidung unter Vorantragung von roten Fahnen und unter Absingen der Internationale durch die Stadt gezogen seien. An der Spitze dieses sozialistisch-internationalen Demonstrationszuges sei die Ulmer Reichswehrkapelle unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Rauber marschiert.

Wie das Reichswehrministerium hierzu mitteilt, trifft die Meldung im großen und ganzen zu. Der Arbeiterturn- und Sportbund habe für sein Sportfest die Bereitstellung einer Musikkapelle beantragt. Die Voraussetzung für die Einstellung einer Reichswehrkapelle bei Vereinsfesten sei gewöhnlich die unpolitische Einstellung des Vereins. Eine Auskunft des Reichsinnenministeriums habe ausdrücklich besagt, daß bei diesem Verein keine politische Betätigung vorkomme. Auch die Veranstalter selbst hätten eine dementsprechende Versicherung abgegeben, worauf die Reichswehrkapelle in Zivil an dem Sportfest teilgenommen habe. Hinter der Kapelle seien dann tatsächlich in dem Zug rote Fahnen mitgeführt worden, auch sei die Internationale gesungen worden. Da noch nähere Ergebnisse über die Untersuchung dieses Zwischenfalles ausstehen, lasse sich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen.

Gehaltserhöhung um 40000 Mark für Macdonald.

× **London, 30. Juli.**

Der Ausschuß zur Prüfung der Höhe der Ministergehälter hat beschlossen, nur im Falle des Ministerpräsidenten eine Erhöhung des Gehalts von 5000 Pfund (100000 Mark) auf 7000 Pfund (140000 Mark) im Jahr vorzuschlagen. Die Aenderung soll erst nach der Zustimmung des Parlaments in Kraft treten.

Ein ägyptischer Thronanwärter meldet sich.

⊙ **Paris, 30. Juli.**

Die Chikago Tribune veröffentlicht ein Interview, daß der frühere Khedive von Aegypten, Abbas Hilmi, der sich in Aix-les-Bains aufhält, einem Korrespondenten des Blattes gewährt hat. Abbas Hilmi mußte bekanntlich nach 23jähriger Regierung 1914 auf Betreiben der Engländer abdanken. Abbas Hilmi erklärt zur jetzigen Lage in Aegypten, er sei zwar vorläufig nur ein Zuschauer, aber er würde es nicht ablehnen, seine Pflicht gegenüber Aegypten zu tun, wenn dies notwendig werden würde. Er habe 23 Jahre hindurch gegen die britischen Interessen gearbeitet, aber er gebe es sehr wohl zu, daß er der große Freund Englands sein würde, wenn England der Freund Aegyptens sein wolle. Aegypten könne dann Zugeständnisse in der Sudanfrage machen, um eine friedliche Verständigung mit England herbeizuführen. Aegypten müsse einen vertrauenswürdigen Freund unter den Großmächten haben, und England sei der beste.

Türkische Warnung an Persien.

⊙ **London, 30. Juli.**

Aus Angora wird berichtet, die türkische Regierung habe beschlossen, eine energisch gehaltene Note an die persische Regierung zu senden, in der gegen die Ueberfälle von Kurden aus persischem Gebiet Einspruch erhoben und die persische Regierung warnend darauf hingewiesen werde, daß die türkische Regierung sich genötigt sehen könnte, Schritte zu tun, um ihre rechtmäßigen Interessen zu schützen. Die türkische Regierung erklärt in der Note, daß die kurdischen Aufständischen nicht nur ein Asyl in Persien fänden, sondern auch alle ihre Vorräte an Lebensmitteln, Waffen und Munition von jenseits der persischen Grenze erhielten.

Rücktritt der kanadischen Regierung.

:: **Ottawa, 30. Juli.**

Die Regierung ist infolge der Niederlage, die sie bei den Wahlen erlitten hat, zurückgetreten. Bei den Wahlen haben die Konservativen die Mehrheit bekommen. Die zurückgetretene Regierung stützte sich dagegen auf die Liberalen.

Das 63. Todesopfer in Lübeck.

+ **Lübeck, 30. Juli.**

Die Calmettefütterung hat abermals ein Opfer gefordert, nachdem in den letzten Tagen in der Sterblichkeits- und Krankheitsziffer bei den mit dem Antituberkulosepräparat gefütterten Säuglingen ein Stillstand eingetreten war. In der letzten Nacht ist abermals ein Säugling gestorben, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf 63 erhöht. Krank sind noch 37 Säuglinge, gebessert 73, gesund bezw. in ärztlicher Beobachtung befindlich 58.

Die Kinderlähmung in Baden und im Elsaß.

:: **Kehl, 30. Juli.**

Die aus dem Elsaß eingeschleppte spinale Kinderlähmung hat zu mehrfachen Erkrankungen im Hanauer Land geführt. Besonders im Bezirk Lichtenau ist eine Reihe von Erkrankungen aufgetreten, weshalb die jetzt zu Ende gegangenen Ferien der Landschulen in einigen Orten des Bezirks bis auf weiteres verlängert wurden. In Greffern ist ein Krankheitsfall tödlich verlaufen.

Wie aus Straßburg gemeldet wird, sind im Elsaß gestern neun Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden, davon vier in Straßburg selbst. Vereinzelt ist auch ein Uebergreifen auf Erwachsene zu verzeichnen, so ist in Straßburg ein Soldat an dieser Krankheit gestorben. Von den 561 Gemeinden des Departements Unterelsaß sind 70 von der Krankheit betroffen. Im ganzen zählt man 237 Fälle. Im Departement Oberelsaß sind nur 50 Fälle festgestellt worden, von denen einer tödlich verlaufen ist.

Bühne für die Mißhandlung Isolde Reiters.

+ **Belgrad, 29. Juli.**

Die Agentur Avala erklärt, daß sie im Hinblick auf die tendenziösen Meldungen einiger ausländischen Blätter über die Vorgänge bei der Verhaftung von Isolde Reiter in Groß-Beschkerek zu folgender Mitteilung ermächtigt sei: „Die auf Anordnung des Ministerpräsidenten angestellte Untersuchung hat ergeben, daß die Organe der städtischen Polizei einige Verstöße begangen haben. Die dafür verantwortlichen Beamten werden entlassen werden." — Die Entlassung der Beamten, die doch eine an sich sehr harte Strafe darstellt, darf als Beweis dafür angesehen werden, daß ihre „Verstöße" nicht gerade geringfügiger Natur waren.

R 100 auf halbem Wege nach Amerika.

¶ **Newyork, 30. Juli.**

Der Dampfer „Ausonia" teilt der Associated Preß durch Funkspruch mit, daß das Luftschiff R 100 heute früh um 8,15 Uhr MEZ auf 53,48 Grad nördlicher Breite und 30,31 Grad westlicher Länge die „Ausonia" überflogen und Signale und Grüße mit dem Dampfer ausgetauscht habe. An Bord des Luftschiffes sei anscheinend alles in bester Ordnung. Die angegebene Position befindet sich etwa 1500 km westlich von Südirland.

Hirth und Weller auf Island gelandet.

● **Berlin, 30. Juli.**

Wie der „Lokalanzeiger" aus Reykjavik meldet, sind die deutschen Flieger Hirth und Weller, die sich mit einem Leichtflugzeug auf einem Etappenflug nach Amerika befinden, am Dienstag in Kaldadarnes an der Südküste von Island glatt gelandet.

Wirbelsturm über Adrianopel.

20 Todesopfer.

⊙ **Konstantinopel, 29. Juli.**

Adrianopel und Umgebung wurden von einem Wirbelsturm heimgesucht, dem schwerer Hagelschlag folgte. Der Schaden ist sehr groß. Viele Häuser wurden beschädigt, zum Teil völlig zerstört. Das Unwetter forderte 20 Todesopfer. Hunderte von Personen wurden verletzt.

Letzte Meldungen.

Die Einigung in der Nordwestgruppe gescheitert.

◈ **Essen, 30. Juli.**

Die am Dienstag in den Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe und den Gewerkschaften formulierte Vereinbarung, die das Ziel hatte, eine Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens zu vermeiden, wurde am Mittwoch abend von der Vertretertagung des christlichen Metallarbeiterverbandes einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, das Lohn- und Arbeitszeitabkommen nicht zu kündigen. Auch der Gewerkverein Hirsch-Duncker hat der Vereinbarung zugestimmt. Dagegen haben die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich gegen die Annahme der Vereinbarung ausgesprochen und die Kündigung des Lohnabkommens — nur diese war vom Deutschen Metallarbeiterverband angekündigt — beschlossen. Die offizielle Zustimmung des Arbeitgeberverbandes zu der Vereinbarung, an der nicht zu zweifeln ist, steht noch aus.

Der neue deutsche Bundesmeister im Schießen.

◆ **Köln, 30. Juli.**

Am Mittwoch, dem 5. Schießtag des 19. Deutschen Bundesschießens, wurde die Deutsche Bundesmeisterschaft von dem Schützen Walter Dittmanns aus Hamburg mit 903 Punkten errungen. Ferner wurden im Laufe des Tages 53 goldene, 107 silberne und 83 grüne Kränze errungen.

Ein weiteres Koblenzer Opfer an Land gespült.

◇ **Neuwied, 30. Juli.**

In Oberwinter wurde am Dienstag die Leiche eines 20jährigen Dentisten aus Neuwied an Land gespült. Der Dentist wird seit dem Brückeneinsturz in Koblenz vermißt, und es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß auch er ein Opfer des Unglücks geworden ist und der Rhein seine Leiche weiter getrieben hat.

Aus der Heimat.

Regen . . . Regen . . .

s. **Bocholt**, 31. Juli. Der Wettergott gefällt sich in diesem Jahr in Uebertreibungen. Nachdem er uns kürzlich wochenlang mit einer tropenähnlichen Hitze förmlich ausgedörrt und nach Regen und Abkühlung hatte lechzen und schmachten lassen, plagt er uns jetzt mit einem beinahe sintflutartigen Dauerregen, Ungeheuer einförmig sind diese Tage mit den ewigen Regenschauern. Lahm und langweilig schleichen sie dahin. Trübes, gramgraues Licht liegt über den naßtriefenden Dächern, über der Stadt und den Dörfern. Die Luft ist ohne Klang und die Wolkenberge ziehen schwer und grau über Felder, Wälder und Auen. In den Straßen sammeln sich kleine Pfützen, die immerzu in vielen, Hundert kleinen Springsäulen aufspritzen und jeden Fußgänger, besonders die hellbestrumpfte Damenwelt mit einer grämlichen Verdrießlichkeit füllen. Und beinahe zu einer Katastrophe wird dies alles, wenn noch obendrein auf dem Bürgersteig, wie etwa z. Zt. in der Navardistraße gegenüber dem Capitol, gebuddelt wird. Mürrisch schieben sich die Menschen unter den aufgespannten Schirmdächern daher, die auf den engen Bürgersteigen vielfach den Weg versperren. Man stößt und ärgert sich, verfängt sich hier im Schirm des Nachbarn und erhält gleichzeitig von der anderen Seite eine ernüchternde Tropfenladung in den Nacken. Scheltworte fliegen hierhin, dorthin. Auch ihre Würde scheinen die Menschen ganz vergessen zu haben. Sie ziehen den Nacken tief in den Kragen ihres Mantels und pressen die Schultern hoch. Monoton klatschen die Regentropfen auf die stramme Hülle der vielen Schirmdächer und verschlingen all die grellen Straßengeräusche. Selbst die Autosignale greifen nicht in die Ferne und den Glockenschlägen hoch vom Turm fehlt das helle Singen . . .

Still und verlassen liegen die Kinderspielplätze, über die sonst jubelndes Jungsein hinschlüpft. Die Kleinen sitzen jetzt trübselig an den Fenstern, sehnen sich nach Sonne und Sand, behauchen vor Langweile die Scheiben und malen Kringeln und Figuren hinein. Nur ein Bub, ein echter Lausbub, schlendert gelassen und unbekümmert um die dicken Tropfen, die ihm von der patschnassen Mütze auf die Hose tropfen, durch die Kaiser-Friedrich-Straße seines Weges, hat die Hände tief in den Hosentaschen vergraben und pfeift den neuen Schlager von der Donna Klara vor sich hin, als ob der Himmel in ungetrübtem Blau über ihm stünde . . .

Veranstaltungen in Bocholt.
Mitgeteilt vom Verkehrsverein.

3. August: Kreisjugendtag des Deutschen Athletik-Sportverbandes (Sport- und Spielv. Einigkeit).
2., 3. und 4. August: Schützenfest des St. Antonius-Schützenvereins.
10. August: Stadtverband für Leibesübungen. Kampf um das Banner der Stadt Bocholter und sonstige Wettkämpfe.
17. August: Radrennen im Stadion Bocholt e. V.
23. August: Stiftungsfest des Fußballklubs Olympia.
24. August: Großflugtag.
7. September: Dauerrennen im Stadion Bocholt e. V.
14. September: Meisterschaftsspiel Olympia — Sportklub 1926.
28. September: Meisterschaftsspiel Olympia — Spielklub Bilderich.
4. und 5. Oktober: Tagung des Niederrheinkreises der Stolze-Schreyschen Stenographen.
19. und 20. Oktober: Kirmes.
2. November: Gedenkfeier des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge im Schützenhaus
Mai 1931: Tagung des Zweigvereins Westfalen des Verbandes der Gewerbe- und Handelslehrer.

Anmerkung: Die Vereine usw. werden gebeten, die für das Jahr 1930 geplanten Veranstaltungen, Festlichkeiten, Konzerte usw. dem Verkehrsverein (Kirchstraße 5, Zimmer 7) schriftlich oder fernmündlich (3148) anzugeben. Soweit der genaue Tag noch nicht feststeht, genügt die Angabe des ungefähren Zeitpunktes. Die Zusammenstellung der Veranstaltungen wird einmal monatlich veröffentlicht.

Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

× **Bocholt**, 31. Juli. Wie aus einer Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkassen von Bocholt sowie von Anholt, Werth, Dingden, Liedern und Rhede in vorliegender Nummer zu ersehen ist, sind die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung des Reichspräsidenten ab 1. August ds. Js. auf 4½ Prozent erhöht worden. Die neuen Beitragstabellen sind in den nächsten Tagen in den Geschäftsstellen der Krankenkassen zu haben.

Von Zöllnern und Schmugglern.

Eine Erwiderung.

× **Anholt**, 30. Juli.

Der Artikel in der letzten Samstagausgabe „Von Schmugglern und Zöllnern" soll und darf nicht unwidersprochen bleiben, wenigstens nicht soweit darin die Verhältnisse auf der Regniet bei Anholt geschildert werden, weil die Darlegungen von A bis Z den Stempel einer einseitigen Information und Federführung verraten, weshalb es im allgemeinen Interesse gestattet sei, die Verhältnisse auch von der „anderen Seite" zu beleuchten. Auf Grund eines alten Staatsvertrages von 1816 soll es den holländischen Grenzbewohnern gestattet sein, den Grenzweg von Holland nach Deutschland unbehelligt zu passieren. Es ist allgemein bekannt, daß in früheren Jahrzehnten und auch noch mehrere Jahre nach dem Kriege beim Ueberschreiten der Grenze an dieser Stelle von keiner Seite Schwierigkeiten gemacht wurden. Auslandspässe oder sonstige Ausweispapiere kannte man s. Zt. hier überhaupt nicht. Erst gegen Ende des Jahres 1927 kam eine gewaltige Aenderung, als die deutsche Zollbehörde von Schmuggeltaten erfuhr, die deutsche Zollbeamte auf der Regniet begangen hatten. Die Grenze wurde für den allgemeinen Verkehr gesperrt und durfte nur von Personen passiert werden, die im Besitze eines vom Anholter Zollkommissar visierten Grenzausweises waren. Diese Erlaubnis wurde aber nur in ganz besonderen Fällen erteilt. Sogar Beamte, die dienstlich in Holland zu tun hatten, hatten große Umstände zu machen, um die schriftliche Erlaubnis zum Ueberschreiten der Grenze auf der Regniet zu bekommen. So wurde also durch den Schmuggel der deutschen Zollbeamten die Bevölkerung bestraft. Zwar wurde auch den betreffenden Beamten der Prozeß gemacht, doch wurde die Sache nicht zu Ende geführt. Augenblicklich ist allerdings durch das Reichsfinanzministerium in Berlin erneut eine Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeleitet.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die holländischen Grenzbewohner auf Antrag ohne weiteres die schriftliche Grenzübertrittserlaubnis vom Anholter Grenzzollkommissariat erhalten können, weil auf Grund des oben erwähnten Staatsvertrages den Grenzbewohnern der Kirchenbesuch in Anholt gestattet werden muß. Doch ist es auffällig, daß des Sonntags ausgerechnet vor den Gottesdiensten die Zollbeamten auf dem Kirchwege oder direkt an der Grenze sich einfinden, um die Ordnungsmäßigkeit der Erlaubnispapiere zu überprüfen, es könnte sonst vielleicht jemand in den Anholter Gottesdienst kommen, der keine Erlaubnis hierzu besitzt.

Was das Warenhaus angeht, das noch nicht 50 Meter von der Grenze entfernt auf holländischem Gebiet liegt und offenbar aus Schmuggelgründen gerade an dieser Stelle erbaut sein soll, so sei darauf hingewiesen, daß es sich hier um ein Kolonialwarengeschäft handelt, das bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert bestanden hat und heute noch das einzige Ladengeschäft für die Bewohner der holländischen Bauerschaft Voorst ist. Eine dicht bewohnte Bauerschaft als Einöde anzusprechen, ist für jeden, der mit der Oertlichkeit etwas vertraut ist, ganz bestimmt ein Rätsel; denn Voorst ist eine blühende, wohlhabende Bauerschaft in einem sehr fruchtbaren Landstrich, und die anliegende Regniet mit etwa 20 Gehöften ist gewiß auch keine Einöde.

Bis zum Jahre 1927 war es auch den Bewohnern der Bauerschaft Regniet und der 10 Minuten von der Grenze liegenden Stadt Anholt gestattet, in diesem Ladengeschäft die zollfreien Kleinmengen an Waren einzukaufen, die man zum täglichen Bedarf nötig hatte. Grenzzollbeamte stellten durch sehr häufige Stichproben fest, daß Uebertretungen und Vergehen gegen das Zollgesetz nicht vorkamen. Nebenbei bemerkt holten auch die Zollbeamten selbst oder deren Familienmitglieder hier die für den Haushalt notwendigen Waren. Die ältesten Bewohner der Regniet und von Anholt haben in ihrer Jugend hier ihre Einkäufe gemacht. In der Hauptsache wurden diese Einkäufe an den schulfreien Nachmittagen durch die Kinder besorgt, die die Eltern unbesorgt zur Regniet schicken konnten, weil auf diesem idealen Wege zur Grenze nicht die geringste Gefahr für die Kinder weder durch Autos noch sonstige Fuhrwerke zu befürchten war. Seit der Grenzsperre im Jahre 1927 darf aus diesem Ladengeschäft nicht das Geringste an Waren mehr geholt werden. Kinder werden rücksichtslos mit etwaigen Sachen über die Grenze zurückgejagt und, wie es bereits vorgekommen ist, auf offener Straße untersucht, ob etwa Waren unter den Kleidern versteckt gehalten werden. Zollfreie Kleinmengen dürfen heute nur mehr aus den 5—6 Kilometer entfernt liegenden holländischen Städten Dinxperlo oder Gendringen geholt werden, eine Maßnahme, die überhaupt nicht zu verstehen ist und von den Betroffenen als eine furchtbare Härte empfunden wird. Unter diesen Umständen verzichten natürlich viele Eltern, obschon bei den meisten die wirtschaftliche Lage nicht zu rosig ist, auf den kleinen Vorteil in geldlicher Hinsicht beim Einkauf der zollfreien Kleinmengen. Man kann es ihnen auch nicht verdenken, wenn sie die Kinder nicht auf Stunden unbeaufsichtigt nach Dinxperlo oder Gendringen gehen lassen wollen.

Von einem Schmuggel auf der Regniet kann gar keine Rede sein. Es wäre tatsächlich interessant, wenn die Zollbehörde ihr Archiv öffnen würde, um unparteiisch feststellen zu lassen, welche Schmuggeltaten hier im Laufe der letzten 100 Jahre begangen, aufgedeckt und bestraft worden sind. Das Aktenstück wird bestimmt sehr klein sein. Selbst die Vergehen der Zollbeamten im Jahre 1927 sind in Wirklichkeit doch nur Kindergeschichten im Vergleich zu den an anderer Stelle des Artikels geschilderten groben Schiebungen in anderen Gegenden, an den z. T. auch deutsche Zollbeamte mitbeteiligt waren. Inwiefern die vor kurzem vor dem Hause angelegte Tannenschonung den Schmuggel begünstigen soll, ist von einem vernünftigen Menschen nicht einzusehen. Vermutlich liegt da eine Verwechslung mit dem auf deutscher Seite liegenden Walde vor, der etwaigen Schmugglern hochwillkommenen Schutz gegen die Zollbeamten bieten könnte, der aber nicht erwähnt wird, weil dieser Wald vermutlich nicht gesehen werden durfte oder weil er nicht dem Warenhausbesitzer gehört. Diese jungen Tannen, die heute vielleicht 30 Zentimeter hoch sind, sollen in den nächsten Jahren als Christbäumchen verkauft werden, wodurch das Grundstück vielleicht mehr einbringt als bisher.

Vielleicht erleben wir es noch einmal, daß auf der Regniet andere Verhältnisse wiederkehren.

•

Nachwort der Redaktion: Die Bezeichnung „Einöde" nehmen wir, sofern sie als unfruchtbare, „gottverlassene" Gegend gedeutet werden kann, gern zurück. Es sollte lediglich damit gesagt sein, daß das „Warenhaus", das übrigens mit Tiets kaum einen Vergleich aushält, verhältnismäßig einsam da liegt, was für gewöhnlich bei Geschäftshäusern nicht der Fall zu sein pflegt. Die zwischen dem Haus und der Grenze angelegte Tannenschonung bleibt jedoch nach wie vor stark verdächtig.

Notburgaverein.

„ **Bocholt**, 31. Juli. Es können sich noch einige Teilnehmerinnen für die Autofahrt am kommenden Sonntag zu den Calcarer Passionsspielen melden. Letzter Termin ist Freitag. Der Preis für Fahrt und Spiel beträgt insgesamt Mk. 2.20. Alle diejenigen, die sich schon angemeldet haben, wollen den obigen Betrag bis Freitag im Lyzeum einzahlen. Bei schlechter Witterung wird die Fahrt verlegt. Bei günstiger Witterung sammeln sich die Teilnehmerinnen am Sonntag, dem 3. August, morgens 10,15 Uhr, auf der Aabrücke am Sportplatz Kaiser-Friedrich-Straße. Abfahrt pünktlich 10.30 Uhr. Rückkehr gegen 8,30 Uhr abends.

Jungmännerring im K. K. V.

:: **Bocholt**, 31. Juli. Heute (Donnerstag) abend 8.30 Uhr Ringabend bei Langenhoff. Da wichtige Fragen zur Besprechung stehen, ist vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Jungfrauenkongregation St. Josef.

. I. **Bocholt**, 31. Juli. Die Abfahrt zu den Calcarer Passionsspielen erfolgt am kommenden Sonntag um 12,30 Uhr und nicht um 9,30 Uhr, wie gestern irrtümlich mitgeteilt wurde.

Ortsgruppe Bocholt des Deutschen Werkmeisterbundes.

= **Bocholt**, 31. Juli. Der vierte ordentliche Bundestag des Deutschen Werkmeisterbundes findet in diesem Jahre bekanntlich in Essen statt. Er wird am morgigen Freitag, vormittags um 9 Uhr, mit der Bundestagung im Kruppsaal des Städtischen Saalbaues eröffnet. Am Samstag abend um 8 Uhr veranstaltet der Bezirksverband einen Begrüßungsabend. Die große öffentliche Kundgebung beginnt am Sonntag, vormittags um 10,30 Uhr, im großen Saal des Städtischen Saalbaues. Diejenigen Kollegen, die an dieser Kundgebung teilnehmen wollen, fahren am besten mit dem Zug 7,43 Uhr ab Bocholt.

Vom Niederrhein.

w. **Isselburg**, 31. Juli. Der Katholische Gesellenverein unternimmt am kommenden Sonntag eine Radtour zu den Passionsspielen nach Calcar. Die Angehörigen der Mitglieder können auch an dieser Fahrt teilnehmen. Die Abfahrt erfolgt um 12,30 Uhr ab Vereinslokal Nienhaus. Die Mitglieder, die an dieser Fahrt teilnehmen wollen, mögen sich bei den Vorstandsmitgliedern melden.

—d. **Isselburg**, 30. Juli. **Verkehrsunfall.** Gestern wäre beinahe wieder ein größeres Unglück geschehen. Das Kind der Eheleute P. von hier wurde von einem Auto angefahren. Es erlitt glücklicherweise nur einige Hautabschürfungen. Es wäre dringend wünschenswert, wenn die Kraftwagen ihr oft allzu schnelles Tempo in der Hauptstraße der Stadt etwas verringerten.

—d. **Isselburg**, 30. Juli. **Der Bahnhofsweg ist erneuert.** Wenn auch unser Bahnhof in letzter Zeit wesentlich verschönert und umgeändert ist, so hatte man es doch zunächst unterlassen, den Weg zum Bahnhof instand zu setzen. Jetzt ist die Eisenbahn dazu übergegangen, den Weg mit Kleinpflaster zu versehen. Auch hat man einen Bürgersteig angelegt. Die Neuerung wird von allen Reisenden begrüßt werden.

—d. **Isselburg**, 30. Juli. **Einen Schulausflug** unternahm Herr Hauptlehrer Leenen gestern mit den Kindern seiner Klasse. Von hier aus ging es zu Fuß über Empel und Rees. Von dort fuhr man mit dem Dampfer nach Emmerich, was den Kindern viel Spaß machte. In Emmerich wurde Rast gemacht und ein Imbiß eingenommen. Abends gelangte die Schar frohgemut wieder in der Heimat an.

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Turnen, Sport und Spiel.

Die Punktespiele der ersten Bezirksklasse.

Die Termine der beiden Bocholter Vereine in der ersten Serie.

Wir geben nachstehend die Termine der ersten Bezirksklassenspiele bekannt, soweit die beiden Bocholter Vereine Sportklub 1926 und Olympia davon betroffen sind:

7. September: Lohberg — Olympia; Sportklub 1926 — Wesel.
14. September: Olympia — Sportklub 1926.
21. September: Sportklub 1926 — Spielklub Osterfeld; Oberhausen 3. — Olympia.
28. September: Olympia — Büderich; Wehofen — Sportklub 1926.
12. Oktober: Sportklub 1926 — Rhenania; Bottrop 1900 — Olympia.
19. Oktober: Olympia — Spielverein Osterfeld; Emmerich — Sportklub 1926.
26. Oktober: Wehofen — Olympia; Sportklub 1926 — Büderich.
2. November: Olympia — Rhenania; Bottrop 1900 — Sportklub 1926.
9. November: Olympia frei; Sportklub 1926 — Oberhausen 3.
16. November: Emmerich — Olympia; Spielverein Osterfeld — Sportklub 1926.
23. November: frei (Totensonntag).
30. November: Olympia — Wesel; Sportklub 1926 — Lohberg.
7. Dezember: Spielklub Osterfeld — Olympia.

•

Sport- und Spielverein Rhede.

Das Leichtathletik-Training findet am heutigen Donnerstag abend und das Fußball-Training am Freitag abend um 7,30 Uhr statt.

Eingesandt.

Mehr Ruhe nachts!

Die nächtliche Ruhe auf den Straßen Bocholts ist völlig ungenügend. Mit einzelnen Entgleisungen unerzogener und rücksichtsloser Mitbürger findet man sich wohl ab, doch unmöglich ist dies bei dem anhaltenden Lärm in der Hauptsache in den Nächten zum Sonntag und Montag. Dieser Lärm, der oft bis 3 und 4 Uhr morgens dauert, hat eine bedenkliche Stabilität. Es ist kaum anzunehmen, daß die Polizei nicht alles tut, was in ihren Kräften steht, um Ruhe zu schaffen. Sie ist dafür zu gut bekannt. Sie ist entweder an Beamtenzahl zu schwach oder findet nicht genügende Unterstützung bei den Stellen, deren Pflicht es ist, die Polizei zu stärken und ihr in ihrer schweren Tätigkeit zu helfen. Zu große Milde gegen gewissenlose Ruhestörer ist falsch und schädigt den größten Teil aller Bürger. Polizeistrafen dürfen nur in ganz besonderen Fällen, aber auch nur dann, gemildert werden. Bocholt ist bekannt wegen des unerhörten nächtlichen Lärmes und der Ruhestörung. Wo liegt die Schuld, daß noch immer nicht annehmbare Zustände geschaffen worden sind? — Was in anderen Städten unter schwierigeren Verhältnissen möglich ist, muß auch in Bocholt endlich möglich gemacht werden.

Einer für viele.



Der Saison-

AUSVERKAUF

geht zu Ende!

Der letzte Räumungsvorstoss wird gemacht.

Tausende haben bereits die ihnen gebotenen Vorteile ausgenutzt. Der beste Beweis dafür, daß wir **billig** sind.

Aber vergessen Sie nie, daß es trotzdem von altersher bei uns nur **Qualitätswaren** gibt, denen wir das große Vertrauen unserer Kundschaft verdanken.

Nutzen Sie die 3 letzten Tage!

Hermann Pottmeyer
BOCHOLT - MARKT.

Darlehen, Baugeld
diskret durch
G. Köster,
Bocholt, Hermannstr. 1b

Schwache Nerven
sind die Grundursachen der meisten Krankheiten. Bei Blutarmut, Herzklopfen, Schwächezuständen aller Art, Zittern Appetitlosigkeit nervösen Magenbeschwerden soll man **Doppelherz**, das anerkannte Nervenkräftigungsmittel nehmen. Probeflasche M 2,50 große Flasche 4,50 und 5,50 in Apotheken und Drogerien zu haben. Niederlage: Zu haben: **Drogerie Bruns,** Nordstr. 22.

Ladenregal
mit Theke
für Kolonialwarengeschäft und
Espera-Schnellwager
billig zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Bekanntmachung

Das Preußische Staatsministerium hat durch Erlaß vom 6. Juni 1930 der Stadt Bocholt die Genehmigung zur Führung eines Wappens und Dienstsiegels an Stelle des bisherigen nach nachfolgendem Abdruck erteilt.



Die Beschreibung dieses Stadtsiegels ist folgende:

Im grünen runden Felde eine gerade aufgewachsene ausgerissene weiße Buche mit 3 symmetrisch verteilten Aesten mit zwischenstehenden Einzelzweigen. Die Zahl der Blätter beträgt 17. Sie zeigen Rippen u. sind gezahnt. Die Zahl der an langen Stielen erscheinenden Buchecker ist 23. Die Zahl der Wurzeln beträgt 5. Unten am Stamm befindet sich je links und rechts des Stammes ein abgehauener Auswuchs. Das Siegel trägt die Umschrift: Sigillum Burgensium de Bocholte.

Dieses Siegel wird als offizielles Kennzeichen der Stadt Bocholt bei all ihren Betätigungsakten ab Freitag, den 1. August 1930, geführt.

Bocholt, den 29. Juli 1930. [g

Der Oberbürgermeister.

Der Plan über die Herstellung einer unterirdischen Telegraphenlinie an der Kreisstraße Holtwicker Bach — Spork und an den Gemeindestraßen Holtwicker Bach — Hemden und Spork — Liedern liegt beim Postamt Bocholt von heute ab 4 Wochen aus. (5383

Telegraphenbauamt Recklinghausen.

Die

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

[5385b

sind durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten

ab 1. August 1930 auf 4½ Prozent erhöht.

Wir bitten die Arbeitgeber der bei uns versicherten Personen hiervon Kenntnis zu nehmen. Neue Beitragstabellen sind in den nächsten Tagen in unseren Geschäftsstellen zu haben.

Bocholt, den 30. Juli 1930.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bocholt i. W.
Karl Hüls, Vorsitzender.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Anholt, Werth, Dingden, Liedern und Rhede in Bocholt.
Jos. Tüshaus, Vorsitzender.

Restaurant Jahreszeiten

Donnerstag abend:

KÜNSTLERKONZERT

unter Mitwirkung der bekannten Stimmungskanone **Franz Mann.**

Es ladet frdl. ein **Alois Illing.**

Gut Hünting

Donnerstag und Sonntag großes

KONZERT

ausgeführt von den beliebten Rheinländern.

5375g **Jak. Stevens.**

Schützenverein Mussum.

Am Sonntag, dem 3. 8. 1930, nachm. 6 Uhr, findet im Vereinslokal H. Egeling eine

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Stellungsnahme zur Notiz B. Wolbring.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Verschiedenes.

5388g **Der Vorstand.**

SAISON-AUSVERKAUF

Ungewöhnliche
PREISSENKUNG
in
Teppichen

Bouclin ca 200/300	15.-
Tapestry ca 200/300	49.-
Haargarn ca 200/300	55.-
Velour ca 200/300	79.-
Tournay ca 200/300	86.-

ZAUDY WESEL
Fachhaus für Innendekoration, Teppiche, Gardinen

Geschäfts-Eröffnung

Den Bewohnern von Bocholt und Umgegend zur Kenntnis, daß wir am Donnerstag **Markt 6** ein

Spezial-Fischgeschäft

eröffnen. Es wird unser Bestreben sein, durch frische Ware und entgegenkommende Bedienung allen Wünschen der Kundschaft gerecht zu werden.

Wir empfehlen besonders:
Lachsschnitzel in verschiedenen Qualitäten.

Eduard Bettger & Cie. GmbH.
Telefon 3208. 5391

Achtung! Hausfrauen!

Wo kaufen wir unsern Bedarf an Fleisch und Wurstwaren ein?

An der Persiluhr

jeden Freitagmorgen zu äußerst billigen Preisen. f5384

Gerh. Heisterkamp, Bern. Welkamp.

Dieselben Preise führen wir auch in unseren Ladengeschäften.

Sachsenstr. 104, Yorkstr. 8.

Die Bewirtschaftung des

Plakat-Anschlages in Bocholt i. W.

ist an den Städte-Reklame-Konzern übergegangen. — Wir werden auch in Bocholt in der von unserem Konzern bekannten sorgsamen Art die Geschäftswelt preiswert und prompt bedienen. Gleichzeitig empfehlen wir Plakatträger und Plakate dem Schutze der Allgemeinheit und machen darauf aufmerksam, daß mutwillige Beschädigung strafrechtlich verfolgt wird. — Anfragen und Aufträge, Plakatierungen betreffend, bitten wir an **Josef Welters,** Tapezierer, **Ostmauer 10,** zu richten

Städte-Reklame-Konzern
5387g



Verkaufe **Freitag morgen ab 7 Uhr** bei Sternfeld, Nordwall, eine Partie

Oldenburger Futterschweine

zu den niedrigsten Tagespreisen. f5390

Kornelius Kroezemann,
Spellen.



Achtung!

Samstag morgen ab 8 Uhr verkaufe ich bei Overbeck am Güterbahnhof eine größere Sendung

Ia. Futterschweine

zu den äußersten Preisen. 5371

Dietr. Kroezemann.

SAISON-Ausverkauf

Wir verschenken

bis zum 2. August beim Einkauf von

10.- Mk.

an **ein Paar Hausschuhe.**

Unsere niedrigen Preise sind stadtbekannt.

Schuhhaus Westend

gegenüber dem Capitol-Theater.

Zurück!

Dr. Paschert,
5348g] Kinderarzt

Sicherste Hilfe für Bruchleidende
durch Tragen des
Idealgurtbruchbandes
D. R. P. a.
ohne Schenkelriemen,
ohne Federdruck,
keinerlei Belästigung im Rücken, sicheres Zurückhalten jedes Bruches selbst bei schwerster körperlicher Tätigkeit.

Alex Lenkewitz, Wesel
Bandagist,
vorm. H. Schievekamp, Wesel.
Persönlich anwesend in Bocholt jeden ersten Freitag im Monat, vormittags von 8,30—11,30 Uhr, im Hotel „Lindenhof", Ravardistraße.

Damen- u. Kinder-Schirme
jetzt zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Warenhaus A. WEYL

Möblierte auch unmöblierte

Zimmer

a. alleinstehende Personen zu vermieten, event. mit voller Pension.
Nobelstr. 39. f5386

Auf einem Gut, 60 Morgen, in der Nähe Bocholts, wird ein tüchtiger, kath.

Knecht

gesucht. [2076g

Landwirtssohn bevorzugt. Selbiger muß in der Lage sein das Gut selbständig zu bewirtschaften und zu verwalten.

Offerten erbeten unt. Nr 2076 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schneidergehilfin

sucht für sofort oder später **Stellung** bei Damenschneiderin od. in Konfektion. f2073

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Nebenberuf

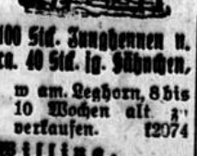
Niederlage ohne Selbstverkauf. Tägl. g. Verdienst. Compl. f. M. 200.- Erf. M. 100.- bar. Restl. M. 100.- in Raten v. Verdienst. Angeb. u. N. R. 1727 an die Gesch. d. Bl.

Für kleinen Haushalt (3 Pers.) ein braves

kath. Mädchen

in Küche erfahren, nach Isselburg gesucht.

Offerten mit Lohnanspruch u. Nr. 5394 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



100 Stck. Junghennen u. ca. 40 Stck. lg. Hähnchen, w. am. Leghorn, 8 bis 10 Wochen alt z. verkaufen. f2074

Wittfing, Blücherstr. 18.

Tüchtiges, kath.

Mädchen

18 Jahre, welches Liebe zu Kindern hat, u. schon in Stellung war, für Geschäftshaushalt, zum 15. 8. oder später gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

[5377g

Vorwärts-
strebenden, fleißigen Herren, mit guten Beziehungen, bietet erstrangige Krankenversicherungs A.G. im Haupt-oder Nebenberuf

große
Verdienstmöglichkeiten.

Gefl. Angebote erbeten unter DO 643 an **Ala Haasenstein & Vogler, Dortmund.**

Besseres kath.

Mädchen

in allen Zweigen des Haushalts u. der gut bürg. Küche erfahren, sucht Stelle zum 1. Sept. oder auch später als einf. Fräulein, Stütze oder Küchenmädchen.

Offerten erbeten unt. Nr. 5342 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

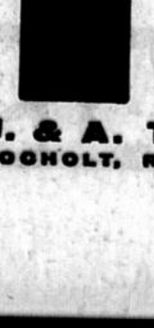
Ein kräftiges

Mädchen

mit einem 7 Jahre alten Kinde **sucht Stellung** bei einem Landwirt. f2069

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

DRUCK SACHEN



für den täglichen Bedarf schnell u. preiswert durch

J. & A. Temming,
BOCHOLT, Ronsdorfstraße 14
Telephon Nr. 3054